

**Antrag an die 3. Tagung des 5. Landesparteitages DIE LINKE. Thüringen am
4. 3. 2017 in Bad Langensalza**

Einreicherin: Julia Sieber, Kreisverband Apolda-Weimar

Antrag zur Aufnahme in die Landessatzung

Antrag zur Stärkung der innerparteilichen Transparenz

Der Parteitag möge beschließen:

"Alle an den Landesvorstand gerichteten – sofern das Einverständnis des Antragstellers vorliegt und unter Berücksichtigung der gesetzlichen Regelungen zum Daten- und Persönlichkeitsschutz – oder durch ihn entstehenden Anträge, sollen spätestens innerhalb von sieben Tagen nach ihrem Eingang auf der Homepage des Landesverbandes veröffentlicht werden."

Begründung:

Laut Parteiprogramm hat „jedes Mitglied (...) das Recht, im Rahmen der Bundessatzung, der Landessatzung, der Kreissatzung und der beschlossenen Geschäftsordnungen (...) an der Meinungs- und Willensbildung mitzuwirken, sich über alle Parteiangelegenheiten zu informieren und zu diesen ungehindert Stellung zu nehmen“ und „an den Beratungen von Mitgliederversammlungen, Delegiertenkonferenzen und Vorständen aller Ebenen als Gast teilzunehmen und das Rederecht zu beantragen“.

Auf seiner 1. Tagung hat der 5. Parteitag der Thüringer Linken u.a. den Beschluss zur Stärkung der innerparteilichen Demokratie gefasst (Beschluss 5, Beschluss zur Parteientwicklung, Absatz 4) „*Stärkung der innerparteilichen Demokratie: DIE LINKE. Thüringen ist eine Mitmachpartei. Um dies zu gewährleisten, muss die innerparteiliche Demokratie gestärkt werden. Die Mitglieder werden ermutigt, sich in der Partei, in ihren Gremien, und in den Zusammenschlüssen und Arbeitsgruppen aktiv einzubringen. Der Austausch zwischen den Mitgliedern und den verschiedenen Gremien der Partei soll gefördert und damit weiter verbessert werden.*“

Voraussetzung für die Teilhabe möglichst vieler an den Entscheidungsprozessen in der Partei ist der barrierefreie Zugang zu Informationen. Mit diesem Beschluss wird eine Öffentlichkeit hergestellt, die allen Parteimitgliedern und Nichtmitgliedern Einblick in die laufenden Projekte und Initiativen des Vorstandes, anderer Parteigliederungen oder einzelner Mitglieder ermöglicht.

So wie alle Sitzungen des Vorstandes und der Fraktion einer breiten Öffentlichkeit zugänglich sind, sollte dies auch für die Anträge gelten, mit denen sich die Gremien befassen. Erst durch deren Veröffentlichung kann sowohl ein möglichst breiter innerparteilicher Diskussionsprozess vor Beschluss gestartet werden als auch das Interesse der Öffentlichkeit geweckt werden, an der beschließenden Sitzung teilzunehmen.